Bezugs-Preis

in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW 7, Dorotheenstraße 83.
Tel. I, Nr. 9275.

Dresdner Redaktions-Bureau:
Dresden-A., Kömerichstr. 28, Tel. I, Nr. 4583.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf.
Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme:
Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Filial-Expedition: Berlin, Lützowstr. 10.
„ „ Dresden, Marienstr. 34.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. R., R. & W. Klinkhardt).
Herausgeber Dr. Viktor Klinkhardt.

Nr. 629. Montag 11. Dezember 1905. 99. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Die ostafrikanische Station Liwale ist von Aufständischen wiederholt erfolglos angegriffen worden. (S. Deutsch. Reich.)

* Der ungarische Ministerpräsident v. Fejervary trifft heute in Wien ein. Man erwartet definitive Beschlüsse wegen der ungarischen Krisis, und zwar im Sinne einer Verständigung mit der Opposition. (S. Ausland.)

* Die Verteilung der Nobel-Preise hat gestern in Stockholm stattgefunden. (S. Letzte Depeschen.)

* Gestern ist hier ein „Verein Leipziger Vertreter der Textilbranche“ ins Leben gerufen worden. (S. Leipz. Angelegenh.)

* Der Fußballstädtewettkampf Leipzig-Berlin, der gestern nachmittag auf dem „Wacker“-Sportplatz in Eutritzsch ausgefochten wurde, endete 2 : 2 unentschieden. (S. Sport.)

Politische Wochenschau.

Der Eröffnung des Reichstages folgte in der letzten Woche die Eröffnung des preußischen Landtages. Man wäre in Verlegenheit, wenn man die Frage beantworten sollte, weshalb mit der Einberufung des Landtages nicht bis nach Neujahr gewartet wurde; denn die Auseinandersetzungen über Eisenbahnunfälle, Wagenmangel und ähnliche ewig neue Probleme wären auch im Januar noch zurecht gekommen. Doch liegt die Lösung des Rätsels in der Erwartung der Regierung, daß die Doppelmandatare, die gleichzeitig dem Reichstage und dem preußischen Abgeordnetenhause angehören, die Plätze des diätenlosen Reichstages füllen helfen. Viel nützt dieses „kleine Mittel“ allerdings nicht; der Reichstag zeigte auch in der kaum begonnenen Session schon wieder hippokratische Züge und wird auch wohl erst genesen, wenn er selbst Diäten bekommt. Aber die Reichsregierung sträubt sich gegen die Anwendung dieses Medikaments noch immer mit einer Energie, die bei anderen Gelegenheiten besser angewandt wäre. Der Landtag selbst hat diesmal so gut wie gar nichts zu tun, und die Thronrede ließ die gesetzgeberische Oede noch mehr zum Ausdruck kommen, indem sie im trockensten Kanzleistil eine Reihe von gesetzgeberischen Belanglosigkeiten aufzählte.

Eine Ausnahme macht allerdings das Schulgesetz, das eigentlich nur eine Regelung der Schulunterhaltungspflicht bringen sollte, aber unversehens zu einer umfassenderen Vorlage auswuchs. Die reaktionäre Tendenz des Entwurfs liegt auf der Hand; daß aber aus dem Lande heraus ein starker Protest sich erheben sollte, will uns nicht wahrscheinlich dünken, da die allgemeine Resignation seit 1892 erhebliche Fortschritte gemacht hat. Auch die Versuche der preußischen Regierung, die Mängel des Dreiklassenwahlrechts abzustellen, beschränken sich auf das denkbar bescheidenste Maß.

Im Reichstage war die Etatsberatung diesmal durch die gleichzeitige Erörterung der Flottenforderungen und der Reichsfinanzreform kompliziert. Die Folge davon war eine Ziel- und Zügellosigkeit der Debatte, die es sehr unerquicklich machte, den Verhandlungen zu folgen.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik holte sich Fürst Bülow einen rednerischen Triumph, der ihm bei der Empfehlung der neuen Steuern versagt geblieben war. Seine Rede über unsere Beziehungen zu den übrigen Großmächten vom Donnerstag hat nicht bloß im Inlande, sondern auch im Auslande ein starkes Echo geweckt. Es war Kraft und Mark darin, und man konnte nur den einen Wunsch nicht unterdrücken, daß diese Rede schon im vorigen Jahre gehalten wäre; vielleicht hätten wir dann in der letzten Zeit einen weniger dornigen Weg zu gehen brauchen. Indessen kommt ein gutes Wort nie zu spät, und so wirkt vielleicht der deutliche Hinweis des Kanzlers, daß wir im Notfalle allein gegen eine Welt von Feinden stark genug sind, heilsam auf unsere auswärtigen Neider ein. So lange freilich die Konferenz von Algeciras noch nicht überwunden ist, muß man sich immer auf eine Verschärfung der Konfliktsstimmung gefaßt machen.

Vielleicht ist es ein günstiges Omen, daß es Herrn Balfour nicht gelungen ist, die Konferenz noch als Premierminister zu erleben. Das konservative englische Ministerium klammerte sich an die Macht, so lange es irgend ging, da es sich in den Wahn eingelebt hatte, daß es allein imstande sei, die englischen Interessen tatkräftig zu vertreten. Aber das Vertrauen des Parlaments zu ihm verschwand in einem Maße, die eine Verlängerung der konservativen Herrschaft nicht mehr zuließ. So mußte Herr Balfour wohl oder übel die Regierung in die Hände des Königs zurücklegen; und Eduard VII., so wenig er sonst geneigt ist, den Schattenkönig zu spielen, besann sich doch keineswegs, die konstitutionellen Konsequenzen zu ziehen und den Führer der liberalen Partei Sir Campbell Bannerman mit der Bildung des neuen Kabinetts zu beauftragen. Gewiß wäre es falsch, in diesem Systemwechsel in England eine Rücksicht auf Deutschland erblicken zu wollen; es sind fast ausschließlich innere Gründe, die die konservative Schale steigen und die liberale sinken ließen, und die härtesten Kämpfe, die das Ministerium Bannerman zu bestehen hat, werden sich gegen die protektionistischen Tendenzen Joe Chamberlains richten. Aber man darf, gerade weil der Schwerpunkt der liberalen Politik auf die inneren Reformen gelegt werden dürfte, erwarten, daß die antideutschen Tendenzen in England etwas zurückgedrängt werden.

In Frankreich hat man sich durch die Rede des Fürsten Bülow nur ungern daran erinnern lassen, daß noch immer eine ungesühnte Schuld besteht, die erst auf der Marokkokonferenz beglichen werden kann. Doch stehen dort augenblicklich andere Sorgen im Vordergrunde. Die Präsidentenwahl wirft bereits ihre Schatten voraus; und noch näher geht es die Republik an, daß jetzt auch der Senat die Vorlage über die Trennung von Staat und Kirche angenommen hat. Wäre nichts weiter nötig als ein Gesetz, um den Einfluß der katholischen Kirche auszuschalten, so könnte die atheistische Republik jetzt ruhig schlafen. Aber man weiß aus den Erfahrungen des preußischen Kulturkampfes nur zu gut, wie schwer es ist, solche Gesetze in die Praxis zu überführen. Auch in Frankreich wird es an klerikalen Rückschlägen nicht fehlen und die Republik wird dann erst zeigen müssen, ob sie innerlich genügend gefestigt ist, um den Kampf mit dem Klerikalismus bis zum bittern Ende durchzuführen.

Nicht weniger Kopfschmerzen verursachen den französischen Staatsmännern augenblicklich die Zustände in Rußland, die sich immer deutlicher in einer Zerrüttung der russischen Finanzen äußern. Herr Rouvier hat zwar die französischen Sparer, die sich mit russischen Papieren übergessen haben, zu beruhigen gesucht. Aber das drohende Gespenst eines Bankerotts Rußlands will sich nicht bannen lassen, und um so weniger, als die Verhältnisse des Riesenreiches immer schneller der Anarchie entgegentreiben. Der Streik der Telegraphenbeamten, der eine Woche lang alle Drähte zerriß, die Rußland mit dem Auslande verbinden, die Militärrevolte in Kiew und die Ermordung des Generals Sacharow sind die neuesten Schreckensbilder, die das ewig wechselnde Kaleidoskop der russischen Revolution zeigte. Graf Witte hält noch aus; doch muß man befürchten, daß auch seine Kraft zuletzt aufgerieben wird. Und ob dann nicht eine kurze Gegenrevolution den völligen Ruin Rußlands einleiten wird, ist eine Frage, die man nur mit den schwersten Befürchtungen beantworten kann.

Glücklicherweise löst sich wenigstens die Flottendemonstration der Mächte gegen die Türkei in Wohlgefallen auf. Die internationale Flotte hat zwar außer Mytilene auch noch Lemnos besetzt, aber man merkte zu deutlich, wie unbequem es ihr sei, Energie zu zeigen, als daß man an der Bereitwilligkeit der Mächte zu einer Verständigung zweifeln konnte. Der Sultan hat denn auch wenigstens insoweit nachgegeben, als er die Finanzkontrolle grundsätzlich angenommen hat. So können die fremden Kriegsschiffe wieder in die Heimat abdampfen. Sehr rühmlich waren ihre Leistungen nicht.

Deutsches Reich.

Leipzig, 11. Dezember.

* **Ueber die Geschäftsdispositionen des Reichstags** erfahren wir das Folgende: Die Weihnachtsferien des Reichstags sollen am Sonnabend, den 16. d. M., eintreten. In der nächsten Woche soll zunächst die erste Beratung des Etats, der Reichsfinanzreform (ohne Steuervorlagen), des Flottengesetzes zu Ende beraten werden, dann sollen die Steuervorlagen im besonderen debattiert werden und schließlich muß noch das Handelsprovisorium mit England endgültig vor Eintritt in die Weihnachtsferien erledigt werden. Bleibt noch Zeit übrig, so soll auch noch, falls die Budgetkommissionsverhandlungen es zulassen, die Eisenbahnvorlage Lüderitzbucht-Kubub erledigt werden. — Die Frage, ob man alle obengenannten Vorlagen an die Budgetkommission verweisen oder Spezialkommissionen einsetzen soll, ist noch immer nicht gelöst. Sollte man wirklich die Budgetkommission mit allen Vorlagen belasten, so ist eine Fertigstellung aller dieser Vorlagen bis 1. April unmöglich, die Verabschiedung der Militärpensionsgesetze, die schließlich auch die Budgetkommission bearbeiten soll, würde dann wieder auf die lange Bank geschoben.

* **Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.** Vom Aufstandsgebiet in Ostafrika werden fortgesetzt siegreiche Gefechte und unaufhaltsames Vordringen deutscher Streifkorps ins Innere gemeldet. Der „L.-A.“ meldet darüber: Das Expeditionskorps des Majors Johannes hat am 22. Nov. den Fluß Mbagaranta erreicht und ist nach Errichtung einer Etappenstation dort auf Ssongea marschiert. Der Etappenposten in Liwale ist von Aufständischen mehrfach erfolglos angegriffen worden. Hauptmann Seyfried ist nach Säuberung der Gegend bei Mrewiwa über Ssongo nach Nuangwa am Ruhu marschiert. Wofern Major Johannes nicht auf unvorgesehene Schwierigkeiten gestoßen ist, die seinen Marsch westwärts erheblich verlangsamten, so dürfte die deutsche Abteilung bereits in Ssongea eingerückt sein.

* **Zum Rücktritt Eugen Richters** aus dem preußischen Abgeordnetenhaus schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrem Wochenrückblick in bemerkenswerter Weise:

Gerade diese Tage der Etatsdebatten sind besonders dazu angetan, das Gefühl der Wertschätzung für die hohen Eigenschaften des Verstandes und Charakters, die den Führer der freisinnigen Volkspartei auszeichnen, wachzurufen. Auch der Reichskanzler hat in seiner ersten Rede zum Etat dem allseitigen Bedauern des Hauses Worte geliehen, den Abg. Richter, diesen unübertroffenen Etatskenner, nicht an seinem gewohnten Platze zu sehen. Hoffentlich erlaubt dem erkrankten Parlamentarier sein Gesundheitszustand, entsprechend seiner Absicht demnächst an besonders wichtigen Abstimmungen im Reichstage teilzunehmen. Daß sich Eugen Richter in kritischer Zeit als Politiker von Grundsätzen erwiesen hat, wird ihm auch in denjenigen Parteien nimmer vergessen werden, die ihm in Fragen der nationalen Wehrkraft und des Wirtschaftslebens meist als scharfe Gegner gegenüber gestanden sind.

* **Der Deutsche Sparkassenverband** hielt in Berlin unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Fischer-Magdeburg seine diesjährige Mitgliederversammlung ab und wählte den alten Vorstand wieder. Der Geschäftsführer des Verbandes, Drape-Hannover, machte sodann, nach der „Voss. Ztg.“, Mitteilung über die Entwicklung, die die Angelegenheit des Scherlschen Sparsystems genommen hat. Der Verband hatte sich im Vorjahre mit dieser Frage beschäftigt, aber beschlossen, noch keinen definitiven Beschluß zu fassen, ehe nicht die Unterverbände gesprochen haben. Ein dann einzuberufender außerordentlicher Verbandstag sollte endgültig Stellung nehmen. Nun haben inzwischen die Unterverbände ihre Beschlüsse gefaßt und sich fast ausnahmslos mit großen Majoritäten gegen das Scherlsche Sparsystem ausgesprochen. Da Herr Scherl selbst in einem Schreiben an den Verband erklärte, daß er sein System zurückziehe, und weil auch der Minister im Abgeordnetenhause erklärte, daß das Ministerium sich nicht mit der Frage befassen könne, glaubte der Vorstand des Verbandes von der Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages absehen zu können. Der Vorstand und der Ausschuß halten das Scherlsche Sparsystem für tot. — Wenn es nur nicht etwa nur — scheintot ist!

* **Von der Volkszählung.** Königsberg i. Pr. 220.212 [189.483], Aachen 144.110 [135.245], Posen 136.743 [117.033], Gotha 36.718 [34.648], Düsseldorf 252.630 [213.711], Köln 425.944 [372.529].

* **Der Bund deutscher Bodenreformer** hat an das preußische Abgeordnetenhaus folgende Petition gesandt: „Die Unterzeichneten bitten das Hohe Haus der Abgeordneten ergebenst unter Bezugnahme auf § 16 des Gesetzes, betreffend die Herstellung und den Ausbau von Wasserstraßen, noch in dieser Session diejenigen Schritte zu unternehmen, welche geeignet sind, das an die neu zu erbauenden Kanäle angrenzende Land vor verteuernder Spekulation zu schützen, damit für die deutsche Arbeit hier billige und gesunde Wohn- und Werkstätten möglich werden. Die Petition wird wie folgt begründet: Es ist eine bekannte Tatsache, daß an den Ufern neuerbauter Kanäle die Grund- und Bodenpreise ganz bedeutende Werterhöhungen aufweisen, wodurch nicht nur die Anlage neuer industrieller Unternehmungen sehr erschwert wird, sondern auch der Bau von Wohnstätten, deren erste Vorbedingung billiges Land ist. So ist bei Brunsbüttelkoog (Kaiser Wilhelmkanal) der Hektar von 4000 auf 80—120 000 ℳ gestiegen, am Teltowkanal von 12 000 auf 30—60 000 ℳ bei Rudow, von 7500—12 500 auf 30—40 000 ℳ bei Teltow, von 5000—10 000 auf 20—40 000 ℳ bei Klein-Machnow, von 15 700 auf 100 000 ℳ bei Wannsee, Stolp, Kohlhasenbrück. Es liegt klar auf der Hand, daß der Vorteil dieser großen Kulturarbeit, die der Kanalbau vorstellt, für die deutsche Arbeit fast völlig verloren geht, wenn die Ufergelände in die Hände von Bodenspekulanten fallen, die sich alle Vorteile der Verkehrserleichterung von den werktätigen Ansiedlern in erhöhten Bodenpreisen bezahlen lassen. Die Regierung darf die Kanalgebiete nicht der Privatspekulation ausliefern, sondern diese im wohlverstandenen öffentlichen Interesse enteignen, damit sie in der Lage sei, für gewerbliche Zwecke, sowie für Wohnstätten billiges Land zur Verfügung stellen zu können und dennoch durch Teilnahme an der natürlichen Wertsteigerung der neuen Ufergelände dauernde Einnahmen zu erzielen, die dem öffentlichen Wohle zugute kämen und wesentlich zur Rentabilität der Kanäle beitragen würden.“ — Der Gedanke ist sehr schön, der Ausführung stehen aber viele Bedenken entgegen, so gewaltige Strecken zu enteignen, darin dürfte die Regierung wohl ein Haar finden.

* **Kleine politische Nachrichten.** Am heutigen Tage vollendet der frühere Hofprediger Dr. Adolf Stöcker sein 70. Lebensjahr. Bei einer Vorfeier des Geburtstages, die am Freitag stattfand, sprach u. a. auch Professor Adolf Wagner. Am heutigen Tage wird dem Jubilar von seinen Freunden eine Ehrengabe überreicht. — Die Gesamtzahl der Notare in Preußen betrug (nach amtlicher Aufstellung) im Jahre 1904: 2091. Davon entfallen auf den Kammergerichtsbezirk 371, auf die Oberlandesgerichtsbezirke Breslau 232, Kassel 47, Celle 189, Köln 203, Frankfurt a. M. 63, Hamm 244, Kiel 123, Königsberg i. Pr. 161, Marienwerder 98, Naumburg a. S. 190, Posen 106, Stettin 90. In Orten der Servisklasse A betrug die Zahl derselben 319, der Servisklasse I 456, der Servisklasse II 369, der Servisklasse III 400 und der Servisklasse IV 517. — Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat an Stelle der ausgeschiedenen Abgg. Grafen zu Limburg-Stirum und Kalch die Abgg. Beuchelt und v. Pappenheim zu Vorstandsmitgliedern gewählt. Ferner wurde Abg. v. Normann in den Vorstand berufen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Verständigung zwischen Ungarn und Oesterreich in Aussicht.** Zu der jüngsten Anwesenheit des Grafen Tisza in Wien wird uns mitgeteilt, daß diese tatsächlich von politischer Bedeutung war und mit der ungarischen Krise im Zusammenhange stand. Graf Tisza hatte zunächst mit dem Reichsfinanzminister Freiherrn v. Burian eine einundeinhalbstündige Unterredung, worauf er sich in Begleitung des Reichsfinanzministers zum Grafen Goluchowski in das Auswärtige Amt begab. Um 3 Uhr nachmittags kehrte Graf Tisza nach Budapest zurück. Wie verlautet, habe es sich bei diesen Besprechungen um die Haltung der liberalen Partei bei den im Zuge befindlichen neuerlichen Verständigungsversuchen mit der Koalition gehandelt. Ein dieser Partei angehöriger hervorragender ungarischer Abgeordneter, der vorgestern in Wien weilte, äußerte sich über die Aussichten der Verständigungsversuche, daß sie aller Voraussicht nach zu einem vorläufigen Waffenstillstande führen dürften, der es ermöglichen könnte, daß eine volle Verständigung mit den Oppositionsparteien erzielt werden würde. Es könne bereits als sicher angenommen werden, daß am 19. d. M. weder die Vertagung, noch auch die Auflösung des Reichstages verfügt werden würde, und bei der für Montag erwarteten Anwesenheit des ungarischen Ministerpräsidenten v. Fejervary in Wien soll die Entscheidung in diesem Sinne getroffen werden.

* **Der Steuerausfall in Ungarn.** Nach dem Staatskassen-Ausweis betrugen im dritten Vierteljahre des Jahres 1905 die Einnahmen 264 309 743 Kronen und die Ausgaben 255 759 932 Kronen. Die Einnahmen waren um 61 667 908 Kronen, die Ausgaben um 26 165 373 Kronen niedriger als im dritten Quartal des Vorjahres, mithin ist die Bilanz des dritten Quartals um 35 502 530 Kronen ungünstiger als im dritten Quartal des Vorjahres.

Italien.

* **Die Finanzlage Italiens.** In der Deputiertenkammer gab Schatzminister Carcano ein Exposé über die Finanzlage des Staates. Hiernach beträgt der Ueberschuß aus dem Finanzjahre 1904/05 75 Millionen Lire, von denen 15 Millionen für Eisenbahnbauten und 15 Millionen für Schuldenamortisation verwendet wurden, so daß ein endgültiger Ueberschuß von 47 Millionen verbleibt. Das Budget für 1905/06 weist einen Ueberschuß von 6 Millionen und der Voranschlag für 1906/07 einen solchen von 4 Millionen auf. Da die Einnahmen des laufenden Budgets indessen schon für die ersten fünf Monate die Einnahmen des vorjährigen Budgets um 26 Millionen überschritten haben, wird das endgültige Ergebnis der Finanzjahre 1905/06 und 1906/07 noch viel besser sein, als vorgesehen. Der Minister ging dann auf die Lage des Schatzes über und erklärte, daß der Bestand des Schatzes infolge der guten Budgetergebnisse um fast 200 Millionen gestiegen ist. In der Kasse befindet sich ein Bestand von 415 Millionen, davon 85 in Gold, 75 in Silber und 102 in ausländischen Geldwerten. Außerdem könne die Kasse über 125 Millionen Vorschüsse der Emissionsbanken, deren der Schatz aber sich seit einiger Zeit nicht bediene, und über 130 Millionen Schatzbonds verfügen. Der Minister konnte also mit Recht erklären, daß die Finanzlage des Staates tatsächlich gut ist. Am Schlusse seiner Ausführungen erntete lebhafter Beifall und der Minister wurde von vielen Deputierten beglückwünscht.

Rußland.

* **Ein neuerliches Manifest des Zaren** soll nach Petersburger Nachrichten, die in Paris eingetroffen sind, am 19. d. Mts., dem Namenstage des Zaren, erscheinen. In diesem Manifest soll die Versicherung zum Ausdruck gelangen, daß sämtliche in dem Verfassungsmanifeste verheißenen Reformen auch wirklich zur Durchführung gelangen würden. Es sei jedoch notwendig, daß im ganzen Lande normale Zustände eintreten, da sonst die Verwirklichung der Verfassung sich wesentlich verzögern müßte. Kaiser Nikolaus wünsche daher, daß der Ministerpräsident Witte seine Bemühungen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung fortsetze, in der Ueberzeugung, daß dieselben schließlich zu dem angestrebten Ziele führen müßten. Es wird auch bestritten, daß der Ministerpräsident sich mit Demissionsabsichten trage, und deshalb wiederholt an den Zaren herangetreten sei. Der Ministerpräsident sei vielmehr entschlossen, auf seinem Platze auszuharren, bis er seine Mission erfüllt habe. Soweit wir unterrichtet sind, beruhen diese Mitteilungen auf zuverlässigen Informationen.

* **Wie man die Bauern „beruhigt“.** Die Petersburger Zeitung „Syn otetschestwa“ bringt Mitteilungen über die Art und Weise, wie der Vizegouverneur von Tambow, Herr Bogdanowitsch, seiner Aufgabe, die erregten Bauern zu beruhigen, nachkommt. Nach einem Orte der Unruhen sendet er den Ispravnik von Borissoglebsk, Lamanski. Er gibt ihm die Weisung auf den Weg: „Weniger arretieren, mehr totschießen!“ Nicht vertraulich, sondern öffentlich sagt er ihm das. Dabei steht eine wohllöbliche Deputation des Börsenvereins, die natürlich für Weiterverbreitung dieser christlichen Worte sorgt. Herr Lamanski ist der getreue Knecht seines Herrn und gibt seinerseits den ihm unterstellten Beamten folgenden Befehl: „Lassen Sie die Präliminarien fort und lassen Sie das Feuer sprechen! Je mehr Tote Sie machen werden, um so höher werden Ihre Vorgesetzten Ihre Verdienste anschlagen. Sorgen Sie dafür, daß man einen guten Eindruck von Ihnen bekommt!“ Der Schreiber dieser Mitteilung, der vermutlich ein Mitglied der oben erwähnten Deputation ist, versichert, die Worte des Ispravnik genau wiedergegeben zu haben und ist bereit, Zeugen beizubringen. Durch diese Instruktion wurden die Bauern auf Gnade und Ungnade den Banden der Polizei, Soldaten und Kosaken ausgeliefert. Das Manifest vom 30. Oktober ist auf einem anderen Planet erlassen worden. So scheint es. „Die wirkliche Unantastbarkeit der Person“ — — — so stand darin. Blutige Ironie! Und die Bestien schlugen, folterten, geißelten mit Weidenruten, mit drahtdurchflochtenen, bleibeschwerten Nagaiken, verstümmelten mit Gewehrkolben und Gummistöcken; schlugen Erwachsene, Jugendliche, Frauen, Greise; schlugen bis zur Bewußtlosigkeit; zu Tode. Im Dorfe Alexandrowka peitschte man die Bauern der Reihe nach durch. Im Dorfe Pavlodar prügelte man 7 Bauern zu Tode; 5 in Malschi; 9 in Lisjagi. Die Liste ist lang. Aus allen umliegenden Dörfern meldet man Hunderte. Um die Verbrechen zu maskieren, schleppt man die Getöteten oder Verstümmelten auf Wagen fort. Aus Pavlodar nach der nahegelegenen Oekonomie des Fürsten Wolonski, um zu zeigen, daß die Opfer bei einem Angriff auf den Gutshof getötet und zerhackt wurden. Daß oft nur ein tadelndes Wort genügt, um die größte Schändlichkeit zu provozieren, zeigt das Schicksal des Maschinisten Boljanin-Bobbelskoff. Er ging im Dorfe Malschi gerade am Gemeindehaus vorbei, wo die Exekution des Prügelns vor sich ging. Er erlaubte sich, zu bemerken, daß „die Körperstrafen noch im vorigen Jahre durch ein allerhöchstes Manifest aufgehoben worden seien“. Herr Lamanski winkt: „Soldaten, zeigt ihm doch mal, ob man die Körperstrafe aufgehoben hat.“ Er erhält 150 Hiebe mit dem Gummischlauch. Dann wirft man den erst halb Bewußtlosen auf einen Wagen, der ihn nach Station Mutschkap, 50 Werst entfernt, führen soll. Aber unterwegs besinnt man sich eines besseren und prügelt ihn gänzlich tot. Er hat die Station nicht mehr gesehen. — Sollten zum Zwecke der Agitation diese Mitteilungen teilweise nicht doch übertrieben sein?

Türkei.

* **Die Friedensstörer am Balkan.** Der „Voß“ wird aus Konstantinopel geschrieben, daß dort soeben die Meldung aus Sofia eingetroffen sei, die Führer der verschiedenen geeinigten bulgarischen Organisationen hätten die Losung ausgegeben: „Fortsetzung der revolutionären Bewegung trotz der gesicherten internationalen Kontrolle!“ General Zontschew erklärte, die neue Institution werde an der Gestaltung der Verhältnisse in Makedonien nichts ändern und den Lauf der Dinge nicht aufhalten. Die Haltung der Regierung ist noch wie vor sehr zweideutig, denn General Petrow, der bulgarische Ministerpräsident, hat in der Sobranje anläßlich einer an ihn gerichteten Interpellation, betreffend die bekannte Note der Ententemächte, erklärt, die türkische Regierung werde zwar die Reform-Aktion unterstützen, aber keine Verantwortlichkeit für die Ereignisse übernehmen, da sich der Volkswille stärker als der gouvernementale Einfluß erweisen könnte. Diese bulgarischen Aeußerungen werden von den makedonischen Bulgaren wohl verstanden werden. Der Friede wird erst dann in die europäische Türkei einkehren, wenn den Unruhestiftern das Handwerk völlig gelegt sein wird. Und in dieser Richtung wird sich auch einmal die Tätigkeit der Mächte bewegen müssen.

* **Die europäische Finanzkontrolle in Makedonien** ist endlich geregelt. Die Botschafter haben ihre Antwortnote auf die letzten Vorschläge der Pforte überreicht. Das Wesentlichste der letzteren ist das Zugeständnis, welches die Dauer der Finanzkommission auf zwei Jahre beschränkt und daß außer dem Generalinspektor noch ein weiteres türkisches Mitglied zugelassen wird. Die Delegierten der Mächte erhalten den Titel „Conseillers“. Die von der Kommission zu ernennenden Finanzinspektoren sollen türkische Untertanen sein. Der Türkei wird also ein ziemlicher Einfluß in der Finanzkommission gewahrt. Außerdem werden an einzelnen Stellen des Reglements die türkischen Hoheitsrechte ausdrücklich gewahrt.

SLUB
Wir führen Wissen.